

**Interfraktionelles Postulat FDP/JF, BDP/CVP, GFL/EVP, GLP/JGLP, GB/JA!, SP/JUSO, SVP (Thomas Berger, JF/Michael Daphinoff, CVP/Philip Kohli, BDP/Marcel Wüthrich, GFL/Maurice Lindgren, JGLP/Franziska Grossenbacher, GB/David Stampfli, SP/Alexander Feuz, SVP): Flexiblere Nutzungszeiten der Stadtberner Sportstätten**

Egal ob Eisfelder, Rasenfelder, Wasserflächen oder Turnhallen – dem Stadtberner Breitensport fehlt es trotz dem grossen Einsatz des zuständigen Sportamtes an genügend Trainingsmöglichkeiten. Der Gemeinderat sieht in seinen jeweiligen Strategien konkrete Massnahmen gegen den Platzmangel vor, deren Auswirkungen können aber erst mittel- bzw. langfristig erwartet werden. Verschärft wird der aktuelle Platzmangel durch den Umstand, dass Sportanlagen nur bis 22.00 Uhr genutzt werden können und während den Schulferien teilweise gänzlich geschlossen bleiben. Gegen längere Nutzungszeiten werden Bedenken hinsichtlich der Lärmproblematik sowie hinsichtlich der Arbeitsbedingungen der zuständigen städtischen Angestellten geäussert.

Es sollte in einem urbanen Raum wie der Stadt Bern möglich sein, Sportstätten unter gewissen Umständen flexibler nutzen zu können. Hierbei geht es nicht um ein zusätzliches Zeitfenster für fixe Trainingseinheiten, sondern rein um die Möglichkeit, im Bedarfsfall eine Sportanlage auch länger als 22.00 Uhr bzw. auch während den Schulferien nutzen zu können. Hierbei sollen Lösungen in Betracht gezogen werden, die weder auf die städtischen Finanzen noch das Personal negative Auswirkungen haben. Bei Sportstätten, die für den Schulsport genutzt werden, haben die nutzenden Sportvereine zunehmend sicher zu stellen, dass durch ihre zeitlich ausgedehnte Nutzung keine Beeinträchtigung für den am folgenden Tag stattfindenden Schulsport entsteht.

Entsprechend bedarf es der Entwicklung und Etablierung alternativer Möglichkeiten für den Zugang und die Schliessung von Sportstätten. Es sind Lösungen anzustreben, bei welchen es künftig nicht mehr zwingend notwendig ist, dass städtisches Personal bis zur Schliessung einer Sportstätte selber vor Ort sein muss. Das für die jeweilige Anlage zuständige Amt der Stadt Bern könnte bspw. entsprechende Nutzungsvereinbarungen mit den Sportvereinen erarbeiten. In diesen kann festgehalten werden, welche Verpflichtungen die Sportvereine auf sich nehmen und was die Konsequenzen sind, wenn sich ein Sportverein nicht an die Vereinbarungen hält.

Wir bitten den Gemeinderat,

1. Zu prüfen, welche Sportstätten während den Schulferien nicht zur Verfügung stehen inkl. Prüfung der Frage, ob dies mit neuen Nutzungskonzepten geändert werden könnte.
2. Zu prüfen, bei welchen Sportstätten unter Berücksichtigung von Aspekten wie Beleuchtung und Anwohnerschaft die Möglichkeit bestünde, diese auch nach 22.00 Uhr zu nutzen.
3. Optionen von alternativen Nutzungskonzepten zu erarbeiten, bei welchen Sportvereine die Verantwortung zur Nutzung von Sportstätten autonom übernehmen und diese selbstständig betreten, nutzen und wieder verlassen können.
4. Zu prüfen, ob bei den Sportvereinen Bedarf für entsprechende Lösungen besteht und ob diese bereit wären, im Gegenzug die notwendige Verantwortung zu übernehmen.

Bern, 16. Februar 2017

*Erstunterzeichnende: Thomas Berger, Michael Daphinoff, Philip Kohli, Marcel Wüthrich, Maurice Lindgren, Franziska Grossenbacher, David Stampfli, Alexander Feuz*

*Mitunterzeichnende: Isabelle Heer, Roland Iseli, Milena Daphinoff, Henri-Charles Beuchat, Dannie Jost, Barbara Freiburghaus, Marianne Schild, Melanie Mettler, Claude Grosjean, Sandra Ryser, Lukas Meier, Rithy Chheng, Patrizia Mordini, Marieke Kruit, Fuat Köçer, Bernhard Eicher, Vivianne Esseiva, Rudolf Friedli, Claudine Esseiva, Regula Tschanz, Janine Wicki, Lena Sorg, Bettina Jans-Troxler, Peter Marbet, Ursina Anderegg, Yasemin Cevik, Timur Akçasayar, Nadja Kehrli-Feldmann,*

Katharina Gallizzi, Lea Bill, Seraina Patzen, Eva Krattiger, Alexandra Thalhammer, Leena Schmitter, Daniel Lehmann, Regula Bühlmann

### **Antrag des Gemeinderats**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Interfraktionelle Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 5. Juli 2017

Der Gemeinderat